

**Ergänzende Stellungnahme der CDU-Vechelde und der BI Gemeinde Vechelde;
Ankündigung der SPD-Vechelde die Straßenausbaubeiträge in der Gemeinde Vechelde
abzuschaffen**

Im Artikel der BS-Zeitung vom 06.03.2021 wird u.a. ausgeführt, dass die Sozialdemokratie mit dem 100-prozentigen Verzicht auf die ungeliebten Abgaben eine Kehrtwende vollzieht. Das Aus für die Anliegerbeiträge soll in der nächsten Sitzung des Gemeinderates im April in einer Präsenzveranstaltung beschlossen werden.

Olaf Marotz geht – dem Artikel zur Folge – davon aus, dass der Landtag, im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2022, die Abschaffung der Anliegerbeiträge landesweit beschließen wird. In diesem Fall würde ein kleiner Rest bei der Kommune verbleiben – vergleichbar in finanzieller Größenordnung einer Straßenunterhaltung, die schon jetzt von der jeweiligen Gemeinde zu übernehmen ist.

„In den nächsten zwei, drei Jahren – also zumindest bis zur Landtagswahl 2022 – muss Marotz zufolge voraussichtlich keine Gemeindestraße in der Ostkreiskommune Vechelde ausgebaut werden“.

Dieser Lesart folgend, werden die Straßenausbaubeiträge von der SPD also nicht abgeschafft, sondern lediglich ausgesetzt; in der Hoffnung, dass der neu konstituierte Landtag 2022/2023 die Abschaffung der Anliegerbeiträge beschließen wird. Es verbleibt die Frage, was passiert, wenn der neue Landtag dies nicht beschließt. In diesem Fall würden die Diskussionen in der Gemeinde Vechelde erneut von vorne beginnen.

Der Antrag der SPD – der nun in der Form wahrscheinlich im Gemeinderat eingereicht wird – ist im Grunde genommen eigentlich obsolet, da bis 2022 anscheinend keine Anliegerbeiträge in der Gemeinde Vechelde erhoben werden sollen und die letztendliche Entscheidung hinsichtlich der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in die Zukunft verfrachtet werden soll und abhängig von einem neu konstituierten Landtag abhängig gemacht wird.

An dieser Stelle ist ebenfalls die Frage von Bedeutung, ob der Landtag, vor dem Hintergrund der aktuell zur Verfügung gestellten Corona-Hilfen in Milliardenhöhe, die Anliegerbeiträge für das gesamte Land Niedersachsen wirklich abschaffen wird.

Zurzeit kann demnach nicht davon ausgegangen werden, dass die SPD-Vechelde die Straßenausbaubeiträge wirklich abschafft, sondern lediglich aussetzt – eine verbindliche Aussage hierzu erfolgt von Seiten der SPD und Olaf Marotz vor der Kommunalwahl in diesem Jahr bislang noch nicht.